

Kreisausschuss

Marburg, 12. März 2020

Pressemitteilung 096/2020

Verfügung des Kreises für Veranstaltungen gilt bis 10. April

Ziel: Unnötige Kontakte vermeiden

Marburg-Biedenkopf – Vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen von Corona-Infektionen untersagt der Landkreis Marburg-Biedenkopf per Allgemeinverfügung Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Gästen. Diese Verfügung ist bis zum 10. April gültig. Gleichzeitig empfiehlt der Kreis, alle anderen Veranstaltungen abzusagen oder zu verschieben.

Zum Verbot von Veranstaltungen sagte Landrätin Kirsten Fründt, dass die Gefahr, sich bei einer Menschenansammlung mit dem Coronavirus anzustecken, nur schwer einzuschätzen sei. Grundsätzlich sei hier aber Vorsicht geboten. Bei großen Veranstaltungen kommen viele Menschen an einem Ort zusammen, sie kommen aus unterschiedlichen Gebieten oder Regionen, haben engeren Kontakt zueinander und eine zuverlässige Rückverfolgung möglicher Kontaktpersonen ist nahezu unmöglich. Auch die Einhaltung wichtiger Hygienetipps könne nicht immer gewährleistet werden. Das Verbot solcher Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Gästen und die dringende Empfehlung auch kleinere Veranstaltungen ausfallen zu lassen oder zu verschieben, sei daher ein angemessenes Mittel.

Leitend für die Entscheidung des Kreises sind die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts und der entsprechende Erlass des Hessischen Sozialministeriums. Veranstaltungen, die in der Verantwortung oder in der Zuständigkeit des Landkreises liegen, werden ebenfalls zunächst bis 10. April abgesagt. Das Ziel dieser Entscheidungen ist es, unnötige Kontakte zu vermeiden, um eine Verbreitung des Virus zu verlangsamen.

„Wir schränken die Kür ein, damit es bei der Pflicht nicht zu Einschränkungen kommt“, sagte Landrätin Kirsten Fründt. Ziel müsse es sein, dass Schulen, Kindergärten oder auch der Öffentliche Personennahverkehr ohne Einschränkungen in Betrieb bleiben können.

Eine flächendeckende Schließung von Schulen oder Kindertageseinrichtungen hätte weitreichende Folgen auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens, die so lange wie möglich vermieden werden müssen. „Wenn wir jetzt Schulen und Kitas schließen, dann betrifft das auch die Betreuungsangebote an Schulen, was Eltern vor das Problem stellt, die Betreuung ihrer Kinder zu organisieren. Da dies nicht immer möglich ist, müssten die Eltern selbst zu Hause bleiben und könnten nicht zur Arbeit gehen. Dadurch würden wir eine Kaskade von Problemen, etwa in der Krankenversorgung, im Dienstleistungssektor oder in der produzierenden Wirtschaft mit unabsehbaren Folgen auslösen. Das kann nicht das Ziel sein“, betonte die Landrätin. Außerdem sei der Unterricht an Schulen nicht mit öffentlichen Veranstaltungen zu vergleichen. In der Schule seien auch Kontakte und Kontaktpersonen jederzeit nachvollziehbar.

„Diese verschiedenen Aspekte haben wir, auch im Austausch mit dem Staatlichen Schulamt, bei unserer Entscheidung in die Waagschale geworfen. Nach sehr sorgfältiger Prüfung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass eine flächendeckende Schulschließung derzeit nicht erforderlich ist“, sagte Landrätin Kirsten Fründt.

Um unnötige Kontakte zu vermeiden, sagt der Kreis auch alle eigenen Veranstaltungen ab. Dazu gehören auch alle Kurse und Veranstaltungen der Volkshochschule, Lesungen, Ausstellungen, Informations- oder Schulungsveranstaltungen.

Auch die für Freitag, 27. März, geplante Sitzung des Kreistages fällt aus. Dies hat der Kreistagsvorsitzende Detlef Ruffert in Abstimmung und einvernehmlich mit dem Ältestenrat beschlossen. Auch die vorbereitenden Sitzungen der Ausschüsse finden nicht statt. Wie der Kreistagsvorsitzende erläutert, handele es sich bei der Absage um eine Vorsichtsmaßnahme, die auch darin begründet sei, dass auf der Tagesordnung keine eilbedürftigen Vorlagen oder Anträge vorgesehen seien. „Es ist vertretbar, die geplanten Tagesordnungspunkte zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln“, so Ruffert. Das politische Leben im Landkreis werde trotzdem in bewährter Weise sachgerecht fortgesetzt.

Das Gesundheitsamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf ist aktuell intensiv damit beschäftigt, Infektionsfälle früh zu erkennen und Infektionsketten schnell zu durchbrechen. Die Fachleute

dort verfolgen die Hauptziele, Menschen mit dem Risiko für einen schweren Verlauf einer Infektion mit dem Coronavirus, dazu zählen ältere Menschen ebenso wie Personen mit relevanten Vorerkrankungen oder chronisch Kranke, bestmöglich zu schützen und die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten.

„Wir befinden uns aktuell am Anfang der Ausbreitung des Coronavirus in Hessen und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Jetzt gilt es, die weitere Ausbreitung mit entschlossenen Maßnahmen zu verlangsamen“, erläuterte Dr. Birgit Wollenberg, die Leiterin des Gesundheitsamtes. Sie wirbt für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für die Maßnahmen, die die Gesundheitsbehörden jetzt auf den Weg bringen.

„Die Situation entwickelt sich sehr dynamisch. Wir beobachten die Entwicklung sehr genau und bewerten die Lage täglich, manchmal stündlich neu, damit wir unsere Schritte an die jeweilige Situation laufend anpassen können“, sagte die Landrätin.

„Jetzt ist jeder und jede Einzelne von uns gefordert, sich solidarisch und verantwortungsbewusst zu verhalten“, erklärte Landrätin Kirsten Fründt. Dass die Infektionswelle auch den Landkreis Marburg-Biedenkopf erfasse, stehe außer Zweifel. „Wir haben es aber in der Hand, wie stark die Auswirkungen auf die Gesellschaft werden. Jetzt gilt es entschlossen, überlegt und mit kühlem Kopf zu handeln“, sagte die Landrätin. Der Kreis sei deshalb auch in engem Austausch mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen.

Sie bat auch um Verständnis dafür, dass die Kreisverwaltung keine weiteren Details, wie etwa die Wohnorte, zu den bisher bekannten Infektionsfällen veröffentlicht. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen habe Vorrang, zumal diese Informationen auch vor dem Hintergrund der Mobilität moderner Menschen unerheblich seien. „Wir möchten verhindern, dass die Betroffenen in ihren Wohnorten stigmatisiert und angefeindet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes ermitteln jeden Einzelfall, recherchieren akribisch die Kontaktpersonen und leiten alle erforderlichen Maßnahmen, wie beispielsweise die Isolierung, Quarantäne oder einen Test in die Wege“, sagte die Landrätin.